

Sind die Anziehungskräfte von EU und EWU ungebrochen?

Der Juli 2013 erscheint auf den ersten Blick als ein Erfolgsmonat im europäischen Integrationsprozess: Seit 1. Juli ist Kroatien das 28. Mitglied der Europäischen Union. Zugleich haben im Juli die EU-Finanzminister dem Beitritt Lettlands als 18. Teilnehmer der Euro-Zone (ab 1. Januar 2014) endgültig zugestimmt.

Andererseits wird in der öffentlichen Diskussion jedoch die europäische Integration und der mit ihr verbundene ökonomische Nutzen mehr als je zuvor in Frage gestellt. Bestrebungen in Richtung einer noch weiter gehenden wirtschaftlichen und politischen Integration rufen derzeit eher Ängste denn Hoffnungen hervor. So zeigt das letzte Eurobarometer (78) u.a. folgende Ergebnisse:

- Bei der Frage, ob Vertrauen gegenüber der EU besteht, antworteten mittlerweile nur noch 33 Prozent der befragten Europäer mit Ja.
- Bei der Frage, ob eher ein positives oder ein negatives Bild von der EU besteht, bestätigten nur noch 30 Prozent ein positives Bild.
- Bei der Frage, ob die Prioritäten der EU in die richtige Richtung gehen, antworteten nur noch 41 Prozent mit Ja.
- Betrachtet man die einzelnen Länderergebnisse zu diesen Fragen, so zeigen sie eine große Spannweite, wobei sich oft gerade in den „alten“ EU-Mitgliedsländern, aber auch in den aktuell von der Schuldenkrise stark betroffenen Ländern besonders kritische und skeptische Haltungen gegenüber der EU wiederfinden.

Nicht zuletzt kündigte Ministerpräsidenten David Cameron im Januar sogar an, dass Großbritannien im Rahmen eines Referendums über seinen Verbleib in der Europäischen Union befinden solle. Der Austritt aus der EU ist zwar seit dem Vertrag von Lissabon (2009) offiziell möglich, doch solche konkreten Austrittsüberlegungen sind neu.

Bezüglich der Europäischen Währungsunion gibt es schon häufiger – mehr oder weniger ernsthafte – Überlegungen über einen Austritt: vor Jahren schon von Seiten einiger italienischer Politiker, aktuell in Hinblick auf die derzeitigen Krisenländer oder – ein eher unrealistisches Szenario – als Alternative für Deutschland. Zugleich zeigt sich, dass einige, prinzipiell schon beitragsfähige EU-Länder der Eurozone auf absehbare Zeit doch nicht beitreten wollen: z.B. Großbritannien, Schweden, Dänemark, Polen, Ungarn, Tschechien.

Warum zeigen sich einige Länder somit zunehmend distanziert, während andere nach wie vor den Anschluss an die EU resp. an die Eurozone anstreben? Der Blick auf Kroatien und Lettland lässt vermuten, dass es derzeit vorrangig sehr kleine und wirtschaftlich schwache Länder sind, die sich noch Vorteile aus der Mitgliedschaft in der EU bzw. EWU versprechen. Für größere und wirtschaftlich stärkere Länder dagegen erscheint es nicht mehr ganz so attraktiv zu sein.

Die typischen Nachteile kleiner Länder, die sich in einem sehr engen heimischen Absatzmarkt, begrenzten Ressourcen, einer großen Offenheit und damit außenwirtschaftlichen Abhängigkeit, sowie geringer wirtschaftlicher und politischer Macht darstellen, können durch die Mitgliedschaft in der EU deutlich verringert werden. Die Länder erhalten den Zugang zu einem großen Binnenmarkt und politischen Rückhalt durch die Gemeinschaft. Zudem erwerben sie Mitspracherecht bei Entscheidungen, von denen sie auch außerhalb der EU mit betroffen wären. Die Vorteile, die sich kleine Länder von der EU-Mitgliedschaft versprechen, gehen dabei im Wesentlichen nicht zu Lasten der Gemeinschaft, außer sie sind Nettoempfänger im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken.

Durch die zusätzliche Mitgliedschaft im Euroraum kann ein kleines Land zudem – nach den bisherigen Erfahrungen – eine weitere finanzielle Unterstützung erwarten (notfalls sogar ein bail out). Dies setzt naturgemäß falsche Anreize! Je mehr solche Länder dann die Gemeinschaft prägen, umso schwieriger wird es, u.a. auch für die EZB, eine nach innen und außen nachhaltig stabile Währung zu garantieren. Hieraus können sich mittelfristig zunehmend zentrifugale Kräfte ergeben, die entweder die Krisenländer oder die wirtschaftlich starken und stabilen Länder aus der Währungsgemeinschaft treiben.

Während Austritte von Krisenländern aus der Währungsunion die verbleibende Eurozone und ihre Anziehungskraft stabilisieren könnten, würden Austritte aus der EU die Integrationsgewinne der übrigen Länder deutlich verringern. Es gilt somit – um das Vertrauen in die EU wieder zu stärken – das erfolgreiche Fundament der EU, nämlich den Binnenmarkt, wieder deutlicher in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und klar von den krisenhaften Entwicklungen der Währungsunion abzugrenzen.

Prof. Dr. Renate Ohr, *cege*

Sind die Anziehungskräfte von EU und EWU ungebrochen?.....	S. 1
Wettbewerb und Artenschutz	S. 2
Mindeststandards und Marktüberwachung	S. 3
<i>cege</i> -Aktuell	S. 4

Wettbewerb und Artenschutz



Nora Vogt, M.A.

Führt Wettbewerb bei der Vergabe von Geldern für Artenschutzmaßnahmen zu einem effizienteren Mitteleinsatz oder fördern Ausschreibungen opportunistisches Verhalten?

Im Rahmen des interdisziplinären Promotionsstudienganges „Biodiversität und Gesellschaft“ gefördert vom Land Niedersachsen, beforschen Wissenschaftler und Wissen-

schaftlerinnen das Spannungsfeld von Schutz und Nutzung der biologischen Vielfalt.

Ein innovatives Forschungsfeld stellen dabei *payments for ecosystem services* (PES) dar. Hierbei werden auf freiwilliger Basis Verträge zwischen den Ausführenden von Schutzmaßnahmen (Landbesitzern) und den Auftraggebern (Verbände, Unternehmen oder staatliche Akteure) geschlossen. Mögliche Vertragsinhalte sind der Verzicht auf bestimmte Bewirtschaftungsmethoden, z.B. Verzicht auf agrochemische Düngemittel im Einzugsgebiet von Flüssen, die Festlegung bestimmter Anbaukulturen, oder das Bewahren bzw. Wiederherstellen von speziellen Ökosystemen.

Anstelle von Einheitsprämien haben sich preisdiskriminierende Verfahren, wie z.B. inverse Auktionen, zur Preisbestimmung etabliert. Ziel ist es, die individuellen Opportunitätskosten der Maßnahmenteilnahme, d.h. die entstandene Ertragseinbuße oder die Kosten der Durchführung, zu kompensieren. Da der Nutzen und auch die Bereitstellung von Umweltgütern oftmals nur schwer oder unter Einsatz hoher Kosten überprüft werden kann, ist das Vertrauen in die ausführenden Vertragspartner essentiell.

Im Mittelpunkt der Forschung standen bislang das Auktionsdesign und Bewertungsverfahren. Weitgehend unbeachtet hingegen blieben die Wechselwirkungen zwischen dem intendierten Bieterwettbewerb und der Erfüllung von Vertragsinhalten bei unvollständiger Information. Insbesondere fraglich war, ob analog zum Akerlofschen *market for lemons* niedrige und somit kompetitivere Gebote auf Kosten der Maßnahmeneffektivität gehen würden. Wäre dies der Fall, wäre zu klären, ob und wie man der Dynamik der adversen Selektion gezielt entgegen wirken könnte.

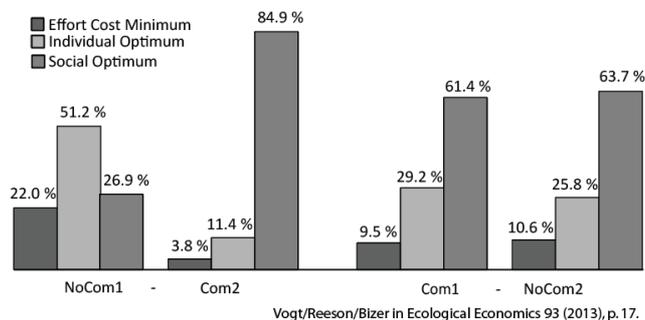
Im Rahmen eines Laborexperiments wurde diese Problematik erstmals mittels eines speziellen, zweistufigen experimentellen Aufbaus untersucht. Probanden sollten untereinander Verträge über die Erbringung eines öffentlichen Guts schließen. Käufer hatten rundenweise ein Budget zur freien Verfügung, mit welchem sie ausgesuchte Verkäufer bezahlen konnten. Verkäufer machten dafür Angebote, wissend, dass sie einen Teil ihrer Bezahlung zur Vertragserfüllung reinvestieren mussten. Je höher ihre Investition, desto größer war das öffentliche Gut, welches an alle Marktteilnehmer zu gleichen Teilen aufgeteilt wurde.

Da außer dem vertraglich gebundenen Verkäufer niemand den Grad der Vertragserfüllung nachprüfen konnte, bestand die individuell-rationale Handlungsweise für den Verkäufer darin, hohe Vertragsprämien bei niedriger Vertragserfüllung zu erzielen. In Folge dessen hatte der Käufer einen Anreiz lediglich die niedrigsten Gebote auszuwählen, um den privaten Budgetrest zu maximieren. Das Ergebnis wäre ein sozial suboptimales Niveau des öffentlichen Gutes und somit ein Versagen der intendierten Maßnahme.

Die Variation dieses Marktszenarios bestand in der Einführung eines vertrauensbildenden Kommunikation-Kanals (Com). Untersucht wurde, ob es durch die nichtverbindliche, bilaterale Kommunikation zwischen Käufern und Verkäufern gelingen würde, das soziale Optimum des öffentlichen Gutes zu produzieren. Hierfür war es erforderlich, dass der Käufer sein Budget komplett einsetzt, welches dann von den Verkäufern vollständig reinvestiert werden musste. Kommunikation war für drei Minuten in Form eines Chats jeweils vor der Abgabe der Gebote erlaubt.

Probanden spielten jeweils 12 Runden beider Marktvarianten in wechselnder Reihenfolge. Die Abbildung zeigt die Qualität der Vertragserfüllung für beide Probandengruppen (insgesamt 132 Personen) und verdeutlicht die zwei Hauptergebnisse der Untersuchung. Kommunikation hat einen hoch signifikanten vertrauensbildenden Effekt im Marktszenario, und dieser ist anhaltend, auch wenn der Kommunikationskanal später geschlossen wird (und die Gruppen neu zusammengesetzt werden).

Wenn Probanden zunächst ohne Kommunikation Verträge schlossen, führten diese lediglich in 27 % der Fälle zum sozialen Optimum (NoCom1). Dieser Anteil stieg auf bemerkenswerte 85 % nach Öffnung des Kommunikationskanals (Com2). Spielten die Probanden bereits von Anfang an mit der Möglichkeit zu kommunizieren, wurden rund zwei Drittel aller Verträge optimal erfüllt (Com1). Dieses Verhältnis blieb auch nach Eintritt in die Phase ohne textbasierter Kommunikation konstant (NoCom2).



Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass soziale Interaktion zur Überwindung strategischer Unsicherheit zwischen den Vertragspartnern beitragen kann. Möglichen adversen Effekten durch die kompetitive Vergabe von Geldern für den Artenschutz könnte demnach durch eine engere Einbindung der relevanten Akteure vorgebeugt werden.

Nora Vogt

Mindeststandards und Marktüberwachung

Mindeststandards für Produkte, die die Produkteigenschaften sowie die dazugehörige Dokumentation und Verbraucherinformationen umfassen, haben den Zweck, öffentliche Interessen wie Sicherheit, Gesundheit sowie Umwelt- und Verbraucherschutz zu berücksichtigen.

In einigen Märkten scheint jedoch die Einhaltung aller einschlägigen Mindeststandards offenbar eher die Ausnahme als die Regel zu sein. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass bis zu 20 % der Medizinprodukte nicht alle einschlägigen Vorschriften erfüllen. Im Bereich der Elektrogeräte sind es sogar bis zu 70 %. PROSAFE, der Zusammenschluss der Marktüberwachungsbehörden einiger EU-Mitgliedstaaten, berichtet, dass in einer Stichprobe von 196 Lichterketten aus Deutschland, der Slowakei, Slowenien und Ungarn rund 40 % nicht alle einschlägigen Standards einhalten, die Verbraucher aber nicht gefährden. Mehr als 30 % der Lichterketten stellen hingegen ein ernsthaftes Risiko für die Verbraucher dar. In einer Stichprobe von 500 Sonnenbänken u.a. aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland und den Niederlanden weisen 20 % nur geringe Mängel auf, sie sind „lediglich“ falsch gekennzeichnet. Der Anteil der mit einem erheblichen Risiko für die Verbraucher einhergehenden Sonnenbänke ist deutlich höher: Bei 52 % fehlt die Warnung vor UV-Licht, bei 83 % übersteigt die Strahlung die zulässigen Werte.

Einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2011 zufolge ist jeder vierte Konsument der Auffassung, eine nicht unerhebliche Anzahl an Produkten in der EU sei nicht sicher.

In der EU sorgt das Schnellwarnsystem RAPEX (Rapid Exchange of Information System) für einen raschen Informationsaustausch über die Nichteinhaltung von Standards von bestimmten Produkten zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten. Wird eine Verletzung von Mindeststandard festgestellt, besteht u. a. die Möglichkeit, das Inverkehrbringen des betreffenden Produktes in den EU-Binnenmarkt auszusetzen oder ggf. Produkte zurückzurufen. Im Jahr 2011 meldeten EU-Mitgliedstaaten 1803 Fälle der Nichteinhaltung von Standards.

Die reine Existenz von Produkt- und Dokumentationsvorschriften führt also augenscheinlich nicht dazu, dass diese auch von allen Unternehmen eingehalten werden.

Um das Inverkehrbringen gefährlicher Produkte effektiver zu verhindern und die Marktüberwachung zu verbessern, hat die Europäische Kommission am 13. Februar 2013 das sogenannte „Produktsicherheits- und Marktüberwachungspaket“ vorgeschlagen. Dieses besteht aus mehreren Rechtakten, die die bestehenden EU-Vorschriften zur Produktsicherheit zusammenfassen und verschärfen sowie die Marktüberwachungsaktivitäten der Mitgliedstaaten besser koordinieren und effektiver ausgestalten sollen.

Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten, die Sicherheit von Produkten zu erhöhen: Die Anhebung der einschlägigen Mindeststandards und die verbesserte Überwachung der bestehenden Standards.

Die Einhaltung der Produktstandards geht in der Regel mit höheren Kosten für Unternehmen einher. Die Anreize, Produkte auf dem Markt zu bringen, die nicht alle ein-

schlägigen Vorschriften erfüllen, steigen daher ceteris paribus mit dem Anforderungsniveau der Vorschriften. Andererseits wirkt eine stringente Marktüberwachung diesen Anreizen entgegen.

Die Erhöhung des Anspruchsniveaus und/oder die Verstärkung der Marktüberwachung haben nicht nur Einfluss auf die im Markt befindlichen Produkte; sie verändern Preise und den Wettbewerb zwischen Unternehmen.

Der Analyse der beiden Möglichkeiten, die Sicherheit von Produkten zu erhöhen – die Anhebung der Mindeststandards und die verbesserte Überwachung der bestehenden Standards – liegt ein Modell zugrunde, das ein Duopol mit vertikaler Produktdifferenzierung annimmt. Ein Unternehmen bietet das Produkt in hoher Qualität an, das zweite Unternehmen in niedriger Qualität. Eine Erhöhung des Qualitätsniveaus geht mit höheren variablen Kosten einher. Die Konsumenten entscheiden zwischen den Qualitätsausführungen, indem sie ihre Zahlungsbereitschaft für Qualität gegen den Preis abwägen. Sie unterscheiden sich dabei hinsichtlich dieser Zahlungsbereitschaft.

Es wird ein für beide Unternehmen bindender Mindeststandard angenommen. Es besteht eine Marktüberwachung, welche Produkte, die den Standard nicht erfüllen, mit einer positiven Wahrscheinlichkeit vom Markt nimmt und vernichtet. Dennoch besteht für das Unternehmen mit dem niedrigen Qualitätsniveau der Anreiz, den Mindeststandard nicht einzuhalten. Das ist auf die höheren Kosten für höhere Qualität sowie das Bestreben, den Wettbewerb mit dem anderen Unternehmen im Hochqualitätssegment zu vermeiden, zurückzuführen.

Wird davon ausgegangen, dass das Unternehmen mit niedrigem Qualitätsniveau den Mindeststandard nicht einhält, führt eine Intensivierung der Marktüberwachung, also eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Vernichtung von Produkten mit zu geringer Qualität dazu, dass dieses Unternehmen die Produktqualität weiter senkt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass eine erhöhte Aufdeckungswahrscheinlichkeit die erwarteten Einnahmen aus dem Verkauf der Produkte mit geringer Qualität senkt. Das geringere Qualitätsniveau geht mit einer Preissenkung einher. Das Unternehmen mit hoher Qualität hingegen erhöht seinen Preis. Die Nachfrage verschiebt sich zugunsten des Unternehmens mit hohem Qualitätsniveau.

Eine Erhöhung des Standards hingegen führt dazu, dass beide Unternehmen die Qualität erhöhen, das Unternehmen mit hoher Qualität in einem größeren Ausmaß. Dadurch steigen der Qualitätsunterschied zwischen den beiden Produkten und somit auch die Preisdifferenz. Hierbei verschiebt sich die Nachfrage zugunsten des Unternehmens mit niedrigem Qualitätsniveau.

Die Verstärkung der Marktüberwachung führt also tendenziell zu einer Verschlechterung der schlechten Produkte, jedoch werden diese weniger nachgefragt. Die Erhöhung des Standards hat den umgekehrten Effekt zur Folge: Die schlechten Produkte werden besser und verstärkt nachgefragt.

Aktuelle Publikationen in referierten Journals

- Vogt, Nora; Reeson, Andrew & **Bizer, Kilian** (2013): Talking to the sellers: Communication, competition and social gift-exchange in an auction for public good provision, *Ecological Economics* 93.
- **Herwartz, Helmut** & Theilen, Bernd (2013): Does the EU financing system contribute to shadow economic activity?, *Economics and Politics* 25.
- **Herwartz, Helmut** (2013): On the predictive content of autoregression residuals – a semiparametric, copula-based approach to time series prediction, *Journal of Forecasting* 32.
- Sobotka, Fabian; Radice, Rosalba; Marra, Giampiero & **Kneib, Thomas** (2013): Estimating the relationship of women's education and fertility in Botswana using an instrumental variable approach to semiparametric expectile regression, *Applied Statistics* 62.
- Prettner, Klaus; Bloom, David & **Strulik, Holger** (2013): Declining Fertility and Economic Well-being: Do Education and Health Ride to the Rescue?, *Labour Economics* 22.
- **Strulik, Holger** (2013): School Attendance and Child Labor - A Model of Collective Behavior, *Journal of the European Economic Association* 11.
- Herzer Dierk & **Vollmer, Sebastian** (2013): Rising Top Incomes Do Not Raise the Tide, *Journal of Policy Modeling* 35.
- **Vollmer, Sebastian**; Holzmann, Hajo & Schwaiger, Florian (2013): Peaks vs Components, *Review of Development Economics* 17.
- No. 159: Prettner, Klaus & **Strulik, Holger**: Trade and Productivity: The Family Connection Redux.
- No. 158: Vogt, Nora & **Bizer, Kilian**: Lock-in effects in competitive bidding schemes for payments for ecosystem services.
- No. 157: **Baskaran, Thushyanthan**: Identifying local tax mimicking: administrative borders and a policy reform.
- No. 156: **Herwartz, Helmut** & Walle, Yabibal M.: State dependence in the finance-growth nexus: a functional coefficient approach.
- No. 155: Krenz, Astrid: Cross-country heterogeneity and endogeneity bias in life satisfaction estimations-macro- and micro-level evidence for advanced, developing and transition countries.
- No. 154: Krenz, Astrid: Services Sectors' Concentration: the European Union, Greece, and the New Economic Geography.
- No. 153: Ahmed, Junaid & Martínez-Zarzoso, Inmaculada: Blessing or Curse: The Stabilizing Role of Remittances, Foreign Aid and FDI to Pakistan.

Forschungsprojekte

- **Prof. Dr. Helmut Herwartz**, zusammen mit Prof. Dr. Christian Konrad und Dr. Matthias Hartmann (Universität Heidelberg): Determinanten zeitabhängiger Inflationsunsicherheit und geldpolitische Herausforderungen seit Beginn der Finanz- und Eurokrise, Fritz-Thyssen Stiftung, Fördersumme: 130.000 €, Laufzeit: 2 Jahre.
- **Prof. Dr. Kilian Bizer**, zusammen mit Prof. Dr. Martin Führ (Hochschule Darmstadt) und Prof. Dr. Annette Rudolph-Cleff (TU Darmstadt): Intelligente Energienutzung in der Gebäudewirtschaft, BMBF, 395.000 €, Laufzeit: 3 Jahre.

cege-Diskussionspapiere

Auf der *cege*-Homepage stehen neue *cege*-Diskussionspapiere als Download zur Verfügung.

- Nr. 165: **Baskaran, Thushyanthan**: Coalition governments, cabinet size, and the common pool problem: evidence from the German States.
- No. 164: **Baskaran, Thushyanthan**: Taxation and democratization.
- No. 163: **Baskaran, Thushyanthan** & Lopes da Fonseca, Mariana: The economics and empirics of tax competition: a survey.
- No. 162: Aytimur, R. Emre: Importance of Status Quo when Lobbying a Coalition Government.
- No. 161: Aytimur, R. Emre: Extreme Parties and Political Rents.
- No. 160: **Strulik, Holger**: Optimal Aging with Uncertain Death.

Veranstaltungen

- 14. bis 16. November 2013: DIBOGS-Workshop zur Gesundheitsökonomie und Sozialpolitik.

Weitere Neuigkeiten aus dem *cege* und die Möglichkeit, den *cege*-Report zu abonnieren, finden Sie unter www.uni-goettingen.de/cege.

Impressum

Herausgeber: Centrum für Europa-, Governance- und Entwicklungsforschung (*cege*), Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, **E-Mail:** cege@uni-goettingen.de, **Tel.** 0551 / 39 46 02, **Fax** 0551 / 39 19 55 8, **Internet:** <http://www.cege.uni-goettingen.de>, **Geschäftsführender Direktor:** Prof. Dr. Kilian Bizer, **Redaktion / Layout:** Prof. Dr. Kilian Bizer, Laura Birg, **Druck:** GWDG, Göttingen